

**Geschäftsführung
Ausschuss für Ordnung,
Sicherheit und Sauberkeit**

Es informiert Sie	Kerstin Weber
Telefon (0202)	563 69 30
Fax (0202)	563 85 28
E-Mail	kerstin.weber@stadt.wuppertal.de
Datum	24.01.2005

Niederschrift

über die öffentliche Sondersitzung des Ausschusses für Ordnung, Sicherheit und Sauberkeit (SI/3806/05) am 19.01.2005

Anwesend sind:

Unter dem Vorsitz von

Herrn Andreas Weigel ,

von der CDU-Fraktion

Herr Fabian Bleck , Herr Peter Brakelmann , Herr Jürgen Heinemann , Herr Günter Pott , Frau Andrea Winterhager ,

von der SPD-Fraktion

Herr Eberhard Hasenclever (für Herrn Karlheinz Emmert), Herr Thomas Kring (bis 17.30 Uhr, danach vertreten durch Herrn Vassilikos) , Herr Detlef-Roderich Roß , Herr Stefan Vassilikos (ab 17.30 Uhr Vertreter für Herrn Thomas Kring) , Herr Björn Weller ,

von der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Frau Gerta Siller ,

von der FDP-Fraktion

Herr Manfred Todtenhausen ,

von der WfW-Fraktion

Herr Christoph Grüneberg ,

als berat. Mitglied § 58 I S. 7 GO NRW

Herr Christian Jageregger ,

vom Personalrat

Herr Jörg Beier , Herr Kurt Funk , Frau Ruth Meisch

als Schriftführerin

Frau Kerstin Weber

Nicht anwesend sind:

von der SPD-Fraktion

Herr Karlheinz Emmert

Beginn: 16:00 Uhr
Ende: 17:47 Uhr

I. Öffentlicher Teil

1 Brandschutzbedarfsplan der Stadt Wuppertal Vorlage: VO/3189/04

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden zur Sondersitzung und freut sich über das zahlreiche Erscheinen der Feuerwehrkollegen.

Er stellt richtig, dass nicht Herr Stv. Emmert, sondern Herr Stv. Todtenhausen stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses ist.

Die Herren Jageregger und Vassilikos werden verpflichtet.

Der Vorsitzende weist auf die ausgelegten Tischvorlagen hin:

- SPD – Antrag
- geänderte Textpassagen (Austauschseiten) zum Brandschutzbedarfsplan (nachfolgend BSBP genannt)
- ergänzende Unterlagen zum BSBP

Zunächst bittet er den Beigeordneten über den aktuellen Sachstand der Positionierung der Bezirksregierung zu informieren.

Herr Beig. Hackländer berichtet, dass sich die Gespräche mit den Aufsichtsbehörden (Bezirksregierung und Innenministerium) zu Anfang etwas schwierig dargestellt haben, weil nicht klar war, wer in welcher Reihenfolge zu entscheiden hat (erst Rat, dann Aufsichtsbehörden oder umgekehrt). So hat man sich einige Zeit im Kreis gedreht. Nun sei der Knoten jedoch zerschlagen, da die zuständige Dezernentin der Bezirksregierung die Genehmigungsfähigkeit des Brandschutzbedarfsplans verbindlich zugesagt hat. Darüber hinaus wird der Innenminister (nachfolgend IM genannt) das Projekt Bayer genehmigen, sofern der Rat in seiner Sitzung den BSBP beschließt.

Herr Stv. Heinemann bittet um Mitteilung, wie der Wert der Zusage der Bezirksregierung von der Verwaltung beurteilt wird.

Herr Beig. Hackländer antwortet, dass sich die Bezirksregierung seiner Meinung nach an diese Zusage halten wird. Es hätte jedoch auch keinerlei verheerende Folgen, wenn dieses nicht geschehen würde. Dann müsste der BSBP, allerdings unter bestimmten Vorgaben der Bezirksregierung, erneut überarbeitet werden.

Frau Stv. Siller teilt mit, dass für sie die Kooperation mit der Fa. Bayer die Krux am BSBP ist. Nach ihren Informationen ist die Fa. Bayer nach dem Gesetz über den Feuerschutz und die Hilfeleistung (nachfolgend FSHG genannt) gehalten, eine eigene Werksfeuerwehr bereit zu halten. Sie stellt daher die Frage, wer sicherstellt, dass nicht auch andere Unternehmen dem Beispiel der Fa. Bayer folgen möchten. Darüber hinaus scheint die bessere Erreichbarkeit der Einsatzorte durch den Standort im Werk nicht gewährleistet zu sein. Das könnte nur durch eine Positionierung auf den Südhöhen erreicht werden. Bei ihr entsteht der Eindruck, dass es bei der Kooperation lediglich darum geht, fiskalische Probleme zu lösen. Dieses kann jedoch nicht Sinn & Zweck des BSBP sein. Sie ist daher nicht bereit diesen BSBP mit zu tragen.

Herr Beig. Hackländer erläutert, dass das Gefahrenpotential bei der Fa. Bayer neu bewertet worden ist. Danach ist die Größe der Werksfeuerwehr,

wie sie bisher vorgehalten wurde, nach Auffassung der Bezirksregierung nicht mehr erforderlich. Des weiteren teilt er mit, dass es keine konkreten Verhandlungen mit anderen Firmen gibt. Es gibt zwar eine Anfrage, zu der die Verwaltung jedoch keine Stellungnahme abgeben kann, da sie die Struktur der Firma nicht kennt. Geschäftsbereichs- und Stadtbetriebsleitung sind sich einig, dass es neben dem Projekt Bayer keinerlei weitere Projekte in dieser Form geben wird. Es ist der Verwaltung klar, dass eine Standortpositionierung auf den Südhöhen optimal wäre, hierfür stehen jedoch keine finanziellen Mittel zur Verfügung.

Frau Stv. Siller unterstreicht noch einmal den Wunsch nach einer schriftlichen Zusage der Bezirksregierung, da es in der Vergangenheit Irritationen zwischen tatsächlichen und vermeintlichen Aussagen des IM gegeben hat.

Herr Beig. Hackländer bietet daraufhin eine erneute Kontaktaufnahme mit dem IM an, wenn Frau Stv. Siller ihn dabei unterstützt.

Herr Beier erläutert, dass das FSHG die Stadt Wuppertal zur Erstellung eines BSBP verpflichtet. Der Rat hat über das „Wie“ und die notwendigen Mittel zu entscheiden. Er betont, dass allen die finanzielle Schieflage der Stadt bekannt ist. Dennoch müssen bestimmte Regeln eingehalten werden. So setzt die Richtlinie der Arbeitsgemeinschaft der Berufsfeuerwehren (nachfolgend AGBF genannt) als unterste Frist für die einleitenden Hilfeleistungen der ersten 10 Funktionen eine Zeit von 13 Min fest, weil die Überlebensrate nach dieser Zeit im Brandrauch drastisch abnimmt. Deshalb fordert der Personalrat in Abstimmung mit den Kollegen der Berufsfeuerwehr die Politiker auf, den BSBP in dieser Form nicht zu beschließen

Herr Hasenclever und Herr Stv. Weller schließen sich den Ausführungen des Herrn Beier an.

Herr Stv. Brakelmann bedankt sich bei den Feuerwehrmännern für ihr Erscheinen und drückt ebenfalls sein Missfallen über die nicht erfolgte schriftliche Zusage der Bezirksregierung aus. Er hofft, dass die schriftliche Zusage bis zur nächsten Ausschusssitzung am 02.02.2005 nachgereicht werden kann. Des weiteren bringt er sein Unbehagen zur Kooperation mit der Fa. Bayer zum Ausdruck. Eine Verbesserung der Flächenabdeckung sieht auch er nur in der Positionierung einer Feuerwache auf den Südhöhen Die Schaffung der neuen Feuerwache sowie zwei zusätzlich benötigter Funktionsstellen (9 Planstellen zum Eigenschutz) sieht er als Aufgabe des Ausschusses für die laufende Legislaturperiode. Verständnis kann er für die Sicherung der Arbeitsplätze bei der Fa. Bayer aufbringen. Allerdings sieht er dieses nicht als Aufgabe der Feuerwehr.

Er bittet die Verwaltung um die Beantwortung folgender Fragen:

- 1.) Was bedeutet eine „Einsatzzeit von 13 Min.“ für die Betroffenen?
- 2.) Auf S. 24 steht folgender Satz: „ Sofern die Einheiten nicht gleichzeitig eintreffen, kann mit zumindest 10 Funktionen in der Regel nur die Menschenrettung unter vorübergehender Vernachlässigung der Eigensicherung eingeleitet werden.“ Was ist darunter zu verstehen?

Herr Beig. Hackländer nimmt noch einmal Bezug auf die Gespräche mit

der Bezirksregierung und teilt mit, dass diese mit dem Hintergrund der Genehmigung der Kooperation mit der Fa. Bayer stattgefunden haben (Genehmigung muss durch den IM erfolgen). Zu diesem Zeitpunkt steckte der BSBP noch im Anfangsstadium. Die Bezirksregierung hat die Genehmigungsfähigkeit des Projektes unter der Bedingung bejaht, dass der BSBP bestimmte Kriterien erfüllt. Eine schriftliche Zusage wurde versprochen. Die Zusage wurde aber nicht eingehalten. Offensichtlich hat die Bezirksregierung die Brisanz der Angelegenheit unterschätzt. Nach Beteiligung des IM stellte man fest, dass es sich bei der beabsichtigten Maßnahme um ein absolutes Novum handelt, dass eigentlich contra legem ist. Im Rahmen eines Pilotprojektes hat der IM aber Genehmigungsfähigkeit zugesagt. Danach steht der Kooperation mit der Fa. Bayer nichts mehr im Wege. Allerdings soll, nach Auskunft des IM, das FSHG in der nächsten Legislaturperiode des Landtags novelliert werden.

Herr Brütsch bestätigt die Aussage von Herrn Hackländer. Darüber hinaus räumt er ein, dass die Personaldecke des BSBP sicherlich knapp bemessen ist, jedoch beinhaltet er alle Dinge, die zur Sicherstellung des Brandschutzes in Wuppertal notwendig sind.

So antwortet er zu Frage 1 von Herrn Stv. Brakelmann:

Die ersten 3,5 Min sind nicht beeinflussbar (abhängig von Prävention, ...). Die Feuerwehr hat es sich jedoch zum Ziel gemacht von der Alarmierung an in 10 Min. am Einsatzort zu sein. Zwar gibt die AGBF eine Zeit von 9,5 Min vor, dieses ist jedoch in Wuppertal nicht leistbar, da die Flächenstruktur nicht dafür ausgelegt ist. Die optimale Lösung wäre eine Struktur mit vier Standorten wie beim Rettungsdienstbedarfplan (Barmen, Elberfeld, Sonnborn und Hahnerberg). Die Kooperation mit der Fa. Bayer ist ein Schritt in die richtige Richtung. In Bezug auf die Südhöhen muss man sich zur Zeit noch auf den Einsatz der Freiwilligen Feuerwehr verlassen.

Zu Frage 2 von Herrn Stv. Brakelmann antwortet Herr Brütsch:

Zusätzliche Funktionsstellen würden die Mitarbeiter vor allen Dingen in kritischen Situationen im Erstangriff entlasten, da es für die zuerst am Einsatzort eintreffende Mannschaft oft zu Überforderungssituationen kommt. So ist auch der von Herrn Brakelmann zitierte Satz zu verstehen. Es handelt sich dabei um ein Zitat aus der Richtlinie der AGBF, welche für ganz Deutschland Gültigkeit hat. Herr Brütsch erläutert die Einsatztechnik im Einsatzfall, wie von der AGBF vorgesehen. Um Unklarheiten im Umgang mit dem BSBP jedoch zu vermeiden, schlägt er folgende Änderung des Textes vor: „Der zur Eigensicherung vorgesehene Trupp muss in kritischen Situationen gleichzeitig die vorhergehenden Trupps unterstützen, bis weitere Einheiten eintreffen.“

Herr Hasenclever bittet um Neufassung dieser Textpassage zur Personalstärke. Ggf. müsse der Rat auch zusätzliche Personalausgaben beschließen.

Herr Brütsch schlägt vor, den Satz doch im BSBP zu belassen, da er ein Zitat der AGBF sei, bietet jedoch an, die notwendigen Erläuterungen in Form einer Fußnote einzufügen.

Frau Stv. Winterhager weist auf die Neufassung der S. 107 des BSBP hin und bittet um Mitteilung, warum die Fa. Bayer nun nicht mehr in der Liste

aufgeführt ist.

Herr Brütsch erklärt, dass die Fa. Bayer aufgrund einer Prüfung des Staatlichen Umweltamtes, bei der die Reduzierung der Mengenschwellen festgestellt wurde, aus den erweiterten Pflichten der Störfallverordnung herausgekommen ist (s. Bemerkung S. 107).

Frau Stv. Winterhager fragt, ob dieses bedeutet, dass die Fa. Bayer nun gar keine Werksfeuerwehr mehr braucht.

Herr Brütsch antwortet, dass die Bezirksregierung darüber entscheiden muss. Da die Verhandlungen mit der Fa. Bayer aber nach wie vor Bestand haben, ist nicht davon auszugehen.

Herr Beier erörtert noch einmal den Unterschied zwischen den von der AGBF empfohlenen 13 Min und den von der Feuerwehr derzeit benötigten 13,5 Min. Er verdeutlicht durch ein Beispiel wie wichtig eine halbe Minute für das Überleben im Brandrauch sein kann. Er erklärt, dass selbst die 13,5 Min derzeit nur in 86 % der Einsätze erreicht werden können und dieses auch nur bei schönem Wetter und voller Besetzung aller Funktionen. Die derzeit in Elberfeld positionierten Springerfunktionen werden größtenteils im Rettungsdienst eingesetzt und stehen im Brandfall dann nicht zur Verfügung. Hinzu kommt, dass die Berufsfeuerwehr im Bayerwerk die Arbeit von derzeit 30 Werksfeuerwehrleuten übernehmen soll. Das zusätzliche Risiko und die zusätzliche Arbeit werden nicht bedacht. Überwacht z.B. die Feuerwehr zukünftig das Umfüllen von Chemikalien so braucht sie länger um im Einsatzfall auszurücken zu können. Deshalb bittet er erneut darum, den BSBP so nicht zu beschließen. Er bittet weiter um das zur Verfügungstellen weiterer zwei Funktionen, um die Bevölkerung und die Kollegen zu schützen.

Herr Brütsch unterstreicht, dass natürlich jede weitere Funktionsstelle hilft. Er bittet jedoch darum, dass zusätzliche Funktionsstellen zukünftig nicht nur auf dem Papier stehen, sondern tatsächlich verfügbar sind. Er präferiert eher die Umstrukturierung des Fahrzeugparks mit der Freisetzung von Personal auf nicht mehr benötigten Fahrzeugen, um mit dem dann vorhandenen Personal den Ausfallfaktor erhöhen zu können und eine gleichmäßige Wachstärke mit täglich gut besetzten Löschzügen gewährleisten zu können. Zur Aussage von Herrn Beier merkt er an, dass für die zusätzlich anfallenden Arbeiten im Bayerwerk bereits zwei Funktionen angedacht sind, die ausschließlich ihre Arbeit dort verrichten und im Normalfall das Werk nicht verlassen werden.

Herr Stv. Heinemann nimmt Bezug auf S. 63 des BSBP und bittet um Mitteilung, warum die zur Verfügung stehende Investitionspauschale in den kommenden Jahren nicht für einen 1:1-Ersatz abgängiger Fahrzeuge ausreichend wird, obwohl bekannt ist, dass man auf die Unterstützung der Freiwilligen Feuerwehr angewiesen ist.

Herr Beig. Hackländer erwidert, dass dort, wo Fahrzeuge erforderlich sind, um die im BSBP festgelegten Aufgaben erfüllen zu können, angepasst an die Bedarfslage, Investitionen getätigt werden. Dieses war auch in der Vergangenheit mit Unterstützung des Kämmerers immer möglich. Lücken dürfen nicht entstehen, da sonst mit einer Intervention der Bezirksregierung zu rechnen ist.

Herr Stv. Grüneberg bittet um Beantwortung folgender Fragen:

1.) Ist die teilweise Verlegung der Berufsfeuerwehr in das Bayerwerk für die Berufsfeuerwehr eine Verbesserung oder Verschlechterung ?

2.) Wird der Bau einer Feuerwache auf den Südhöhen durch eine Kooperation mit der Fa. Bayer gefährdet ?

Herr Brütsch erläutert zu Frage 1:

Für die Bevölkerung ist die Kooperation mit der Fa. Bayer aus einsatztaktischen Gründen eine Verbesserung. Für die Mitarbeiter der Feuerwehr wird es eine Belastung werden.

Zu Frage 2 erklärt Herr Brütsch:

Der Bau einer Feuerwache auf den Südhöhen darf nicht aus den Augen verloren werden. Diese Maßnahme sieht er durch die Kooperation mit der Fa. Bayer nicht gefährdet.

Herr Beig. Hackländer erinnert, dass zur beabsichtigten Maßnahme auf den Südhöhen weiterhin ein Ratsauftrag besteht. Des weiteren weist er darauf hin, dass der Vertrag mit der Fa. Bayer befristet sein wird. Bei erwiesenen Verbesserungsmöglichkeiten oder veränderten Rahmenbedingungen sei eine Auflösung des Vertrages vorgesehen. Für die Mitarbeiter der Feuerwehr soll eine Entlastung dahingehend geschaffen werden, dass die Kollegen nur drei Monate am Stück im Bayerwerk verbleiben müssen. Danach ist, soweit gewünscht, eine Rotation vorgesehen. Der erhöhte Schulungsbedarf der im Werk eingesetzten Beamten biete aber auch die Zusatzchance einer qualitativen der Arbeit des Einzelnen.

Herr Stv. Kring sieht in der Kooperation einen beiderseitigen Nutzen. Er fasst den Verlauf der Diskussion mit Verweis auf den als Tischvorlage ausgelegten Antrag der SPD – Fraktion zusammen. Er regt an bis zur nächsten Sitzung am 02.02.2005 die beabsichtigten Textänderungen vorzunehmen und vorzulegen, damit dann ein Beschlussvorschlag an den Rat abgegeben werden kann. Des weiteren bittet er bis zur Sitzung im April unter Beteiligung des GMW eine Stellungnahme zur Realisierung des Bauvorhabens Korzert bis 2006 vorzulegen.

Frau Stv. Siller empfiehlt eine Erweiterung des SPD – Antrags auch auf den Rettungsdienstbedarfplan um jederzeit aktuelle Zahlen vorliegen zu haben. Sie merkt darüber hinaus an, dass keine Prüfung alternativer Grundstücke erfolgt ist. Des weiteren zeigt sie sich darüber verwundert, dass kein externer Berater an der Erstellung des BSBP beteiligt gewesen ist. Sie bittet um Mitteilung, ob durch den Verbleib von Feuerwehrmännern im Werk beim ausrückenden Löschzug nicht doch wieder sog. „Fensterplätze“ entstehen und ob es nicht doch andere Möglichkeiten zur Einsparung gibt, als die Kooperation mit der Fa. Bayer.

Herr Beig. Hackländer stellt klar, dass sehr wohl andere Grundstücke geprüft wurden. Er erinnert, dass zur Umsetzung eines dritten Standorts Haushaltsneutralität erforderlich ist. Andere Lösungen seien daher illusorisch.

Herr Brütsch verweist zur Einsatzstrategie auf die bereits vorgelegte

VO/3215/04. Er verdeutlicht, dass zur Erstellung des BSBP keine externe Hilfe benötigt wurde, da die Fachkompetenz im Hause zur Verfügung stand. Man habe dabei bewusst auch Negativaspekte dargestellt, um eine sachgerechte Diskussion zu ermöglichen. In die Entwicklung des BSBP sind auch die Mitarbeiter eingebunden worden, allerdings nicht immer im Konsens hinsichtlich notwendiger Empfehlungen.

Herr Beier nimmt Bezug auf die Fragen von Herrn Stv. Grüneberg und unterstreicht die Verschlechterung für die Kollegen der Feuerwehr, indem er auch auf die zusätzlichen Anforderungen durch den neuen Tunnel und den Ausbau der A 1 hinweist. Er erinnert an die schon bereits erfolgte Übernahme der Nachtzentrale sowie die Einführung der gemeinsamen Leitstelle mit Solingen. Er gibt zu bedenken, dass 96 % der Mitarbeiter der Berufsfeuerwehr aus Sicherheitsgründen gegen den BSBP sind. Er bittet die Politik noch einmal sich für die Bevölkerung und für die Mitarbeiter einzusetzen.

Herr Stv. Grüneberg bittet darauf hin erneut um Mitteilung, ob die Kooperation mit der Fa. Bayer nun eine Verbesserung oder Verschlechterung darstellt.

Herr Beier antwortet, dass die Arbeit und das Risiko im Bayerwerk verbleiben und es daher zu einer Verschlechterung für die Mitarbeiter kommt. Im Vergleich zum Funktionsstellenplan von 1991 ist allerdings schon eine Verbesserung zu sehen.

Herr Weigel bittet Herrn Beig. Hackländer um Mitteilung, für wie viele Jahre der Vertrag mit der Fa. Bayer befristet sein wird.

Herr Beig. Hackländer antwortet: 5 Jahre.

Im Einvernehmen des Ausschusses erhält in einer kurzen Sitzungsunterbrechung ein Feuerwehrmann – stellvertretend für die anwesenden Gäste – Gelegenheit zur Stellungnahme zum Entwurf des BSBP.

Zusammenfassend stellt der Vorsitzende anschließend fest, dass der SPD – Antrag als eingebracht zu betrachten ist. Die abschließende Besprechung des BSBP wird in der nächsten Sitzung des Ausschusses am 02.02.2005 stattfinden. Die Verwaltung wird gebeten, geänderte Textvorlagen rechtzeitig vorzulegen. Eine weitere Sondersitzung zur Besprechung des BSBP wird als nicht notwendig erachtet.

Für die Richtigkeit:

gez. Weigel
Vorsitzender

Kerstin Weber
Schriftführerin